

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Pressesum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. ... Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 29. April 1988

Blatt 797

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neue Telefonnummer der Wiener Verkehrsbetriebe (798)
- Neue Telefonnummer der Rettungszentrale (798)
- Änderungen bei der Einzelwohnungsverbesserung (799)
- Terminvorschau vom 2. bis 12. Mai (800/801)
- Nun erstmals verdorbenes Olivenöl entdeckt (802)
- Zweites verdorbenes Olivenöl (802)
- Umfangreiche Kanalbauten in Hirschstetten (803)
- Österreichs erster „mobiler Computertomograph“ (804/805)
- 38. Österreichischer Städtetag in Innsbruck (806-808)
- Matzenauer: Schulentwicklungsprogramm des Stadtschulrates (809)
- FPÖ kritisiert Zivilschutzmaßnahmen der Stadtverwaltung (810)
- Wien ist auf dem Gebiet des Zivilschutzes aktiv (810)
- Sommerbäder öffnen erst am 2. Mai (nur FS/28.4.)
- Öffentliche Verkehrsmittel am 1. Mai (nur FS)
- Nächste Woche Verkehrsbeschränkung auf der Linie „J“ (nur FS)
- Revisionsarbeiten in der Hauptkläranlage (nur FS)

Bezirke:

- Sitzungen von Bezirksvertretungen (798)

Neue Telefonnummer der Wiener Verkehrsbetriebe

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Die Telefonnummer der Wiener Verkehrsbetriebe (1041 Wien, Favoritenstraße 9-11) wird mit 1. Mai 1988 geändert. Die neue Nummer lautet 501 30-0. Die Durchwahlnummern bleiben gleich. (Schluß) roh/gg

Neue Telefonnummer der Rettungszentrale

Notruf bleibt gleich

Wien, 29.4. (RK-LOKAL) Die Zentrale des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien in der Radetzkystraße hat ab sofort eine neue Telefonnummer: 7 11 19. Die Nummern der Nebenstellen bleiben gleich und können durchgewählt werden. Ist die Nummer der Nebenstelle nicht bekannt, muß man 0 wählen. Die Kurznummer des Rettungs-Notrufes bleibt gleich: 144. (Schluß) sc/rr

Sitzungen von Bezirksvertretungen

Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf

Wien, 29.4. (RK-BEZIRKE) Am Mittwoch, dem 4. Mai, findet um 17 Uhr im Festsaal der Bezirksvorstehung 6, Amerlingstraße 11, eine Sitzung der Bezirksvertretung Mariahilf statt.

Sitzung der Bezirksvertretung Hernals

Die nächste Sitzung der Bezirksvertretung Hernals findet am kommenden Mittwoch, dem 4. Mai, um 16 Uhr im Sitzungssaal der Bezirksvorstehung, 17, Elterleinplatz 14, 1. Stock, statt. (Schluß) red/rr

Änderung bei der Einzelwohnungsverbesserung

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Die Förderung der Einzelwohnungsverbesserung in Wien wird nun effizienter. Jährlich nehmen über 12.000 Wiener Haushalte diese Förderung in Anspruch, um damit Verbesserungsarbeiten in ihren Wohnungen im Wert von rund 1 Milliarde Schilling zu finanzieren. Weil dabei zunehmend auch Maßnahmen gefördert wurden, die nur eine Modernisierung bereits gut ausgestatteter Wohnungen bedeuteten, wird die Förderung nun geändert.

Künftig wird nur mehr der Neueinbau (bisher auch der Umbau) eines Bades, eines WC, einer Heizungsanlage, von Kücheninstallationen, von Wasser-, Strom- oder Gasleitungen gefördert.

Der Förderungswerber sollte künftig mit 120.000 Schilling Baukosten (bisher 150.000 Schilling) auskommen. Alles was darüber liegt, wird nicht gefördert. Ein Wohnungsinhaber kann daher künftig bis zu dieser Obergrenze für jeweils eine Wohnung einmal innerhalb von 10 Jahren um Förderung von Verbesserungsmaßnahmen ansuchen. Ausgenommen von dieser Obergrenze sind Substandardwohnungen und Wohnungszusammenlegungen.

Für Wohnungen mit einer Nutzfläche von unter 22 Quadratmetern wird keine Förderung mehr gewährt, damit derartige Wohnungen bei einer Weitervermietung nicht zu teuer werden. Für Wohnungen mit einer Nutzfläche von 22 bis 40 Quadratmetern wird eine Förderung gewährt, wenn die Baukosten 2.000 Schilling pro Quadratmeter nicht übersteigen. Für Darlehen, die zum Einbau von Fenstern aufgenommen werden, wird keine Landesbürgschaft mehr gewährt. Und schließlich muß der Förderungswerber künftig mit einem Selbstbehalt von 5 Prozent der Baukosten rechnen.

Die neuen Förderungsrichtlinien gelten ab sofort. Die Kreditinstitute wurden auf diese neuen Richtlinien bereits hingewiesen, sodaß eine entsprechende Beratung erfolgen kann. Informationen erteilt auch die Informationsstelle für Wohnungsverbesserung der Magistratsabteilung 50 (1, Rathausstraße 2, 1. Stock, Tel. 42 800/3341, 3359). (Schluß) ah/bs

Terminvorschau vom 2. bis 12. Mai

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 2. bis 12. Mai hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

MONTAG, 2. MAI:

11.00 Uhr, Pressetermin für Aktion Stephansdom („Grundsteinlegung“ für Dommodell aus Spielbausteinen) (Stephansplatz)

11.00 Uhr, Pressegespräch der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

16.30 Uhr, Pressekonferenz Festwochen „Klangtheater“ (Messepalast)

DIENSTAG, 3. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an o. Hochschulprof. Joannis Avramidis, Prof. Paul Badura-Skoda und o. Univ.-Prof. Dr. Erich Mittenecker (Stein. Saal, Rathaus)

MITTWOCH, 4. MAI:

11.30 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal „40 Jahre Landesjugendreferat“ (PID)

14.30 Uhr, Ehrenzeichenübergabe durch Bgm. Zilk an Serge Sabarsky (Arb.-Zi, Bgm.)

DONNERSTAG, 5. MAI:

9.00 Uhr, Symposion: „Der Wiener Weg in der Heimerziehung“ mit Vbgm. Smejkal (Wappensaal)

10.30 Uhr, Pressekonferenz Gürtelausstellung mit Bgm. Zilk, StR. Salla-berger (Foyer, Stadthalle)

11.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Wohnbau und Stadterneuerung

12.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Univ.-Prof. Dr. Kurt Freisitzer, Univ.-Prof. Dipl. Arch. Dr. Jakob Maurer und Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Thomas Sieverts (Wiener Stadthalle, Foyer)

FREITAG, 6. MAI:

9.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Stadtentwicklung und Stadtplanung

10.00 Uhr, Pressekonferenz „1 Jahr Aktion: Rettet den Steffl“ mit Erzbischof Groer, Bgm. Zilk (Stephansdom)

11.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Umwelt, Freizeit und Sport

14.00 Uhr, Gemeinderatsausschuß Kultur

SAMSTAG, 7. MAI:

20.45 Uhr, Festwocheneröffnung auf dem Rathausplatz

MONTAG, 9. MAI:

10.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

11.00 Uhr, Pressekonferenz der Wiener ÖVP (Cafe Landtmann)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Komm. Rat Ing. Karl Dittrich (Arb.-Zi., Bgm.)

Forts. auf Blatt 801

DIENSTAG, 10. MAI:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.30 Uhr, Gemeinderatsausschuß Verkehr und Energie

MITTWOCH, 11. MAI:

11.00 Uhr, Angelobung der Wehrmänner der Garnison Wien, Bgm.Zilk und der Militärkommandant von Wien (Rathausplatz)

12.30 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Kammersänger Giuseppe Taddei (Roter Salon, Rathaus)

DONNERSTAG, 12. MAI:

ab 9.00 Uhr, Nationaler Radwandertag, Start: Salztorbrücke
(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 800

Nun erstmals verdorbenes Olivenöl entdeckt

Wien, 29.4. (RK-LOKAL) Bei den Untersuchungen von Olivenöl auf Rückstände von Perchloräthylen (PER) bzw. Trichloräthylen (TRI) wurde nun erstmals ein verdorbenes Olivenöl (mit Werten über 0,1 Milligramm) entdeckt: Bei einer vom Marktamt gezogenen und von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt des Bundes kontrollierten Probe des „Huile d' olive virgin extra“ der französischen Firma PUGET, Charge 2557 mit Ablaufdatum 3/89, wurden 0,6 Milligramm PER und 0,12 Milligramm TRI festgestellt. Das Öl wurde beim Importeur beschlagnahmt und aus den Geschäften zurückgezogen. (Schluß) hrs/rr

Zweites verdorbenes Olivenöl

Wien, 29.4. (RK-LOKAL) Auch bei Olivenöl der Firma Meinl mit der Bezeichnung „kalt gepreßtes Olivenöl“ in einer 0,35-Liter-Flasche mit Ablaufdatum 12/88 wurde nun von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt des Bundes 0,24 Milligramm PER gefunden. Das Öl ist damit verdorben und wird von der Firma aus dem Verkehr gezogen. (Schluß) hrs/gg

Umfangreiche Kanalbauten in Hirschstetten

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich der Stadtrand-Siedlung in Hirschstetten im 22. Bezirk sind wegen des Baues eines Straßenkanals umfangreiche Arbeiten in mehreren Straßenzügen sowie die Umleitung der Autobuslinie „95 B“ notwendig. Die Gesamtdauer dieser am Montag, dem 2. Mai, beginnenden Bauarbeiten beträgt rund 10 Monate.

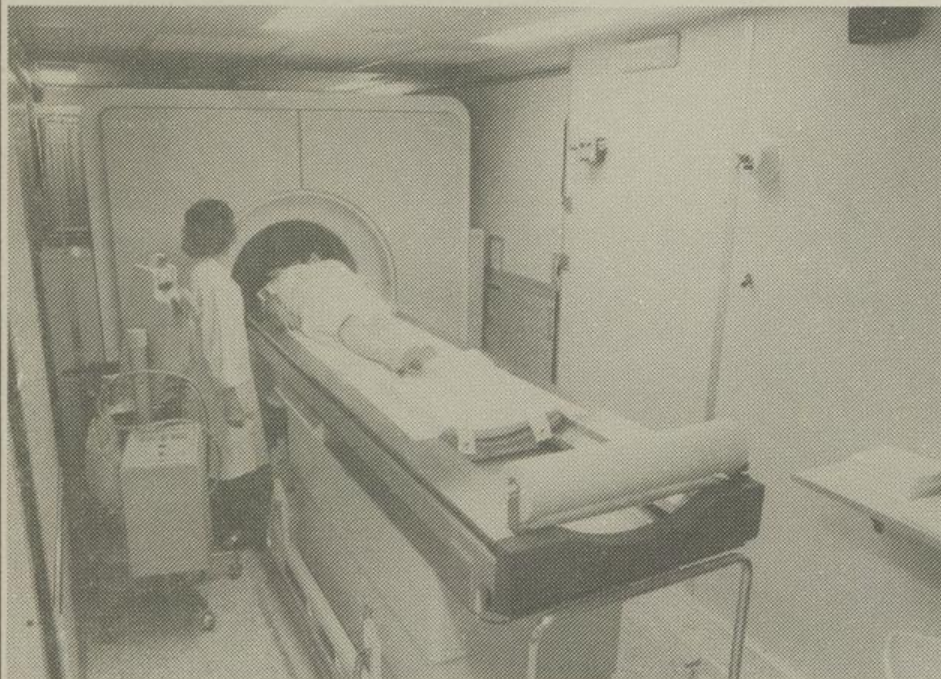
Die betroffenen Straßenzüge sind: Hausfeldstraße, Portheimgasse, Quadenstraße, Schneebeerengasse, Vogelbeerengasse, Mehlbeerengasse, Kasparekgasse, Gugliagasse, Stemolakgasse, Am Heidjöchl.

Die Arbeiten erfolgen unter Festlegung einer Einbahn mit einer 3,5 Meter breiten Restfahrbahn in der Hausfeldstraße von der Portheimgasse bis und in Richtung Am Heidjöchl. Die Umleitung des Gegenverkehrs erfolgt über die Strecke Hausfeldgasse — Am Heidjöchl — Quadenstraße — Hausfeldstraße. Die Autobuslinie „95 B“ fährt für die Dauer der anschließenden Bauphase in der Portheimgasse (Sperrung) über Quadenstraße — Am Heidjöchl — Hausfeldstraße. Die Bushaltestelle wird nach Hausfeldstraße Nummer 58 bis 60 verlegt. (Schluß) pz/rr

Österreichs erster „mobiler Computertomograph“

Computertomograph für Franz-Josef-Spital

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Im Zentralröntgeninstitut des Franz-Josef-Spitals (Vorstand Univ.-Prof. Dr. Konrad BREZINA) wurde vor kurzem Österreichs erster „mobiler Computertomograph“ in Betrieb genommen. Das von der Firma Siemens entwickelte Gerät ist in einem von der Firma Steyr Daimler Puch konstruierten Container untergebracht, der an das Gebäude des Zentralröntgeninstitutes „angekoppelt“ wurde. Bei dieser neuen Einrichtung handelt es sich um die erste „mobile“ Anlage dieser Art in Österreich. Mit der Installierung des neuen CT wurde einem dringenden Bedarf entsprochen, da die Patienten des Franz-Josef-Spitals bisher zu CT-Untersuchungen in andere Krankenhäuser gebracht werden mußten. Freitag wurde die neue Anlage von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER im Rahmen eines Pressegesprächs vorgestellt.



Der CT im Container

Bei dem neuen Gerät Somatom DRH handelt es sich um eine Anlage der letzten Generation, die von der Firma Siemens entwickelt und erzeugt wurde. Die Kosten beliefen sich inklusive des Containers auf insgesamt 17 Millionen Schilling. Der Container ist so konstruiert, daß er mit einem Sattelschlepper von Krankenhaus zu Krankenhaus geführt werden könnte, womit die Möglichkeit besteht, mehrere kleine Krankenhäuser mit einem solchen Gerät zu versorgen. Im Franz-Josef-Spital wird er allerdings stationär verwendet und ist über einen gedeckten Zugang durch einen Zwischencontainer an den Wartebereich des Zentralröntgeninstitutes angeschlossen. Der Vorteil dieser für Österreich vollkommen neuen Entwicklung besteht vor allem darin, daß fast keine baulichen Veränderungen notwendig waren. So konnte das Gerät außerhalb des Krankenhauses fertig montiert und betriebsbereit an das Zentralröntgeninstitut „angedockt“ werden. Mit nur zwölf Metern Länge ist sein Platzbedarf relativ gering. In den Vereinigten Staaten stehen gegenwärtig 600 solcher mobiler CT-Einheiten im Einsatz.

Steigende Patientenfrequenz

Univ.-Prof. Dr. Brezina wies im Rahmen des Pressegesprächs auf die in den letzten Jahren erfolgte Ausweitung der Diagnostikmöglichkeiten und

auf die damit verbundene Patientenfrequenz des Zentralröntgeninstitutes hin. So hat diese etwa im Bereich der Strahlentherapie in den letzten zehn Jahren um mehr als 35 Prozent zugenommen. Bei der Diagnostik stieg die Patientenfrequenz von 30.000 im Jahre 1977 auf 44.000 im Jahre 1987, also um 50 Prozent. Die Zahl der Untersuchungen hat sich in diesem Zeitraum mit 85.000 mehr als verdoppelt. Das diagnostische Leistungsangebot ist überaus umfangreich und umfaßt neben den konventionellen Röntgenuntersuchungen, allein 9.000 Ultraschalluntersuchungen pro Jahr. Zu den weiteren Schwerpunkten zählen auch die Frühdiagnostik des Brustkrebses, die Gefäßdiagnostik und die Gefäßerweiterungsbehandlung (Dilatation). Dazu kommen noch rund 1.100 Untersuchungen der Hals-, Nasen- und Ohrenerkrankungen, der Schilddrüse, der Hoden, sowie rheumatischer und sporttraumatischer Veränderungen.

Weltweit 10.700 CT-Einheiten

Weltweit stehen gegenwärtig rund 10.700 CT-Einheiten im Einsatz. In der BRD sind es 700. In Österreich 51, in Wien 19 — davon befinden sich in den städtischen Krankenanstalten insgesamt 9 (inklusive des neuen CT im Franz-Josef-Spital). Was den weiteren Bedarf an CT-Geräten betrifft, so wird dieser weltweit mit jährlich 2.000 Geräten angegeben.

1 Million Meßdaten

Der neue Computertomograph, der eine besonders schonende Untersuchung ermöglicht, sammelt über den Patienten rund eine Million Meßdaten und errechnet daraus die unterschiedliche Dichte der einzelnen Organe. Im Gegensatz zum Röntgenbild sind auch die geringsten Unterschiede nachweisbar. Diese verbesserten Diagnosemöglichkeiten bilden eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgversprechende Behandlung. So können in wenigen Minuten das Schnittbild am Monitor beurteilt und danach die weiteren, notwendigen Schnitte programmiert werden. Entsprechend der Fragestellung sind insgesamt vier Schnittbilder pro Minute möglich. Sämtliche Untersuchungen sind außerdem auf einer Laserplatte digital gespeichert und können von dort immer wieder abgerufen werden.

Messung von Knochen und Gewebe

Darüber hinaus ist es mit dem neuen Computertomographen aber auch möglich, Lunge oder Knochen sowie verschiedene Weichteilgewebe, wobei Veränderungen von wenigen Millimetern sichtbar gemacht werden können, zu untersuchen. Ein Spezialprogramm ermöglicht es außerdem, auch den Mineralgehalt des Knochens zu messen, womit eine Früherkennung der Osteoporose möglich ist. (Schluß) zi/gg

Forts. von Blatt 804

38. österreichischer Städtetag in Innsbruck

Resolution: Besorgnis über atomare Anlagen

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Der 38. Österreichische Städtetag, der sich in den letzten beiden Tagen ausführlich mit „Stadt und Umwelt“ beschäftigte, hat Freitag eine Resolution zu diesem Thema beschlossen. In ihr wird einleitend darauf hingewiesen, daß die österreichischen Gemeinden zu den größten Investoren auf dem Gebiet des Umweltschutzes gehören. Neue Aufgaben werden auf diesem Gebiet auch in Zukunft große finanzielle Mittel erfordern.

Der Städtetag gibt in seiner Resolution seiner „großen Besorgnis“ darüber Ausdruck, daß durch den Bestand vieler atomarer Anlagen in der unmittelbaren Umgebung Österreichs Gesundheit und Sicherheit der österreichischen Bevölkerung gefährdet seien. Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um potentielle Gefahren für die österreichische Bevölkerung auf ein Minimum zu beschränken.

Als wichtige Aufgaben zur Verbesserung der Qualität des öffentlichen Raumes in den Städten bezeichnet der Städtetag regulierende Maßnahmen für den Individualverkehr, Maßnahmen zur Sicherung von Grünflächen für die Naherholung und leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel. So sollte laut Städtebund im Rahmen der von den Ländern neu zu gestaltenden Wohnbauförderung die Chance genutzt werden, ausreichende Beträge für Erneuerungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen. Die im Bundesbudget verfügte Kürzung von Mitteln aus der Nahverkehrsmilliarde bezeichnet der Städtetag als umwelt- und verkehrspolitisch verfehlt und fordert ihre Rückgängigmachung. Straßenbaumittel sollten auch vermehrt zu Begleitmaßnahmen wie Begrünung oder Schallschutz sowie für Rückbaumaßnahmen und Garagenbau eingesetzt werden.

Forderungen zur Luftreinhaltung

Auf dem Gebiet der Luftreinhaltung hält der Österreichische Städtetag weitere Maßnahmen für dringend erforderlich. So wird eine weitere Reduktion verkehrsbedingter Abgase durch den nachträglichen Einbau von Einweg-Katalysatoren und durch die Erlassung von Tempolimits für nicht umgerüstete Fahrzeuge gefordert. Weiters verlangt wird die Herabsetzung der Emissionsgrenzwerte nach dem Dampfkessel-Emissionsgesetz, die Vereinheitlichung des Umweltschutzrechtes mit Parteistellung der Gemeinden, die Förderung des forcierten Ausbaus der Fernwärme, die Einbeziehung von Maßnahmen der Gemeinden in die Förderung aus dem Umweltfonds sowie die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung des Umweltfonds durch den Bund. In Anbetracht der besonderen Bedeutung Österreichs als Transitland wird die Österreichische Bundesregierung aufgefordert, bei der Annäherung an die Europäische Gemeinschaft die Angleichung der Abgasvorschriften an die strengeren österreichischen und schweizer Regelungen mit Nachdruck zu verlangen.

Lärmschutz

Der Lärm wird als eine besonders konzentrierte Umweltbelastung im städtischen Lebensraum bezeichnet. Zur wirksamen Verbesserung der Lärmsituation fordert der Städtetag eine Reduzierung der Emissionsgrenzwerte für Lärm, Regelungen zur Begrenzung der Fahrgeschwindigkeit für alle Fahrzeuge und ein Fahrverbot für Lastfahrzeuge während der Nachtstunden. Weiters wird ein weiterer Einsatz von Bundes- und Landesmitteln für einen verstärkten Lärmschutz von Wohnungen an verkehrsreichen Straßen sowie die nachträgliche Errichtung von Lärmschutzeinrichtungen an Eisenbahnstrecken verlangt. Verstärkte Maßnahmen zur Verlage-

zung des Güterfernverkehrs und des Transitverkehrs von der Straße auf die Schiene und für den Straßenrückbau sowie die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen beim Ausbau von Bundes- und Landesstraßen werden urgiert.

In die Bereiche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung haben die Gemeinden schon Milliardenbeträge investiert. Das Ausbauprogramm kann jedoch keineswegs als abgeschlossen angesehen werden. Der Städtetag fordert deshalb den Bund und die Länder auf, die erforderlichen Finanzierungsmittel bereitzustellen. Auf Grund des Engagements der Gemeinden wird ein Mitspracherecht bei der Vergabe der Mittel des Wasserwirtschaftsfonds gefordert.

Forderung nach modernem Abfallwirtschaftsgesetz

Einen Mangel an Bereitschaft, das Müllaufkommen in einem ursächlichen Zusammenhang mit Produktion und Konsum zu sehen, konstatiert der Städtetag bezüglich der Abfallproblematik. Deshalb wird die rasche Beschlußfassung eines modernen Abfallwirtschaftsgesetzes gefordert. Dieses sollte als Schwerpunkte die Müllvermeidung und -wiederverwertung, die Verpflichtung der Einführung von Pfand- und Recyclingsystemen und das Verbot bestimmter Produkte wie halogenisierter Kohlenwasserstoffe oder PVC enthalten.

Zur Lösung des Müllproblems wären laut Städtetag auch folgende Maßnahmen angebracht: eine Sicherstellung der Vermarktungsmöglichkeiten von Altstoffen aus der getrennten Müllsammlung, die Förderung von zentralen Anlagen zum Recycling, zur Kompostierung, zur thermischen Nutzung und zur Deponierung von Reststoffen, die Errichtung einer weiteren Sonderabfallbehandlungsanlage nach den EBS für Österreich und von Sonderabfalldeponien sowie die Schaffung einer bundesgesetzlichen Regelung zur österreichweiten Untersuchung und Sanierung von Altlasten. Dafür sollte ein Fonds geschaffen werden, der durch die Verursacher finanziert wird.

Häupl: Umweltpolitik zwischen Grundkonsens und Konflikt

Sollen im Umweltschutzbereich, etwa beim nachträglichen Einbau von Katalysatoren, jene gefördert werden, die freiwillig mittun, oder soll es eine „Bestrafung“ über Steuern oder Tempolimit der „Umweltsünder“ geben? Dies war eine der zentralen Fragen des Referates von Wiens Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL vor dem Städtetag in Innsbruck.

Häupl bezeichnete eingangs die Kommunen als Ausgangspunkte der ökologischen Diskussion. In den Zielkonflikten wie Umwelt, Verkehr oder Umwelt-Wohnen gebe es bereits einen gesellschaftlichen Grundkonsens, bei Einzelfragen wie etwa dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs komme es aber zu gesellschaftlichen Konflikten.

Häupl forderte die Beseitigung der Asymetrie zwischen dem „reparierenden“ und dem „prophylaktischen“ Umweltschutz. Ersterer ist noch immer der dominierende, wohingegen der prophylaktische Umweltschutz große Innovations- und Entwicklungschancen für die österreichische Wirtschaft beinhaltet.

Eine „verbraucherseitige“ Energiepolitik, in der das Energiesparen eine dominierende Rolle spiele, sollte vom Bund im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages an die EVUS überdacht werden, sagte Häupl.

Bezüglich der Abfallwirtschaft stellte Häupl fest, die traditionellen Deponien und die international verstärkt eingesetzten Müllverbrennungsanlagen würden angesichts der steigenden Abfallmengen nicht mehr ausreichen. Neue Konzepte müßten vor allem die Abfallvermeidung, die Abfalltrennung und die Abfallverwertung berücksichtigen. Bei der Abfalltrennung halte er einen Grad von 20 bis 30 Prozent für realistisch, der Auf-

Forts. von Blatt 806

Forts. auf Blatt 808

bau eines Altstoffmarktes wäre erforderlich. Bei der Abfallverwertung sollte die energetische Nutzung unter Berücksichtigung aller umwelttechnischen Voraussetzungen im Vordergrund stehen. Häupl bezeichnete in diesem Zusammenhang ein Bundesabfallwirtschaftsgesetz und ein Sonderabfallgesetz, das Handhabe gegen den „Mülltourismus“ bieten müßte, für dringend erforderlich.

Im Zusammenhang mit der Luftreinhaltung bezeichnete Häupl auch Nachrüstkatalysatoren als wesentlichen Beitrag. Hier sollte überlegt werden, ob nicht nur Förderungen, sondern im Gegensatz dazu Abgaben für katalysatorlose Autos oder differenzierte Tempolimits sinnvoll wären. Generell sollte eine ernsthafte Diskussion über die Finanzsteuerung in der Umweltpolitik hinsichtlich Förderung oder Besteuerung einsetzen. Abschließend verlangte Häupl eine schnelle gesetzliche Regelung der Umweltverträglichkeitsprüfung, wie sie in der EG bevorstehe.

Flemming: einiges schon erreicht

Bundesminister Dr. Marilies FLEMMING bezeichnete den Umweltschutz als großes Anliegen der Bundesregierung. Es sei schon einiges erreicht worden, so ein Chemikaliengesetz, ein Smogalarmgesetz mit den strengsten Grenzwerten Europas und eine Immissionsschutzvereinbarung der Länder, eine Novelle zum Dampfkesselmissionsgesetz sei in parlamentarischer Behandlung, sie würde einen Investitionsschub von rund 12 Milliarden Schilling auslösen. Ein echtes Luftreinhaltengesetz solle folgen.

Die SO₂-Emissionen konnten mit einer Reduzierung von 60 Prozent schon hinter den Stand von 1950 zurückgedrängt werden. Das hat allerdings nur eine Reduktion der Immissionen um rund 25 Prozent bewirkt. Deshalb sei eine intensive Umweltaußenpolitik erforderlich. Sie werde bereits betrieben über intensive Kontakte mit der EG, der Schweiz, der DDR, Ungarn und Polen.

Hinsichtlich der Energiepolitik erklärte sich Flemming mit Stadtrat Häupl einverstanden. Flemming verlangte wiederum Tempolimits für Autos ohne Katalysator, was sie mehr als Druckmittel für das Umrüsten als zur momentanen Schadstoffreduzierung erforderlich bezeichnete.

Zur Abfallwirtschaft stellte Flemming fest, daß es keine einzige Sondermülldeponie in Österreich gebe, jedoch 400.000 Tonnen Überwachungsbedürftiger Sondermüll im Jahr anfiel, von dem man zum Großteil nicht weiß, wo er hingehet. Keine Lösung sei der Transport ins Ausland, Flemming forderte in diesem Zusammenhang ein Ende des „Mülltourismus“. In Österreich gebe es 4.000 Zeitbomben an unsachgemäßen Deponien, die heute saniert werden müssen, da die Probleme im Gegensatz zu der Zeit, da die Deponien angelegt wurden, bekannt sind. Hier erhebe sich die Frage der Finanzierung, weil oftmals die Verursacher nicht mehr bekannt sind oder die extrem hohen Kosten von bis zu einer Milliarde Schilling bei einer Deponie ohnehin nicht aufbringen können.

Die Zusammensetzung des Hausmülls habe sich in den letzten Jahren gefährlich geändert, der Verpackungsanteil sei auf 50 Prozent des Volumens gestiegen. 7.000 bis 10.000 Tonnen Problemstoffe, darunter 44 Millionen Batterien pro Jahr, sind im Hausmüll enthalten. Es werden aber 72 Prozent des Hausmülls noch immer direkt deponiert.

Die Novelle zum Sonderabfallgesetz ermögliche erstmals strenge Kontrollen, wie Stichproben von Transporten, und sehe eine Meldepflicht vor. Die Ein- und Ausfuhr von Sonderabfall könne damit in Zukunft genau überwacht werden, sagte Flemming. (Schluß) roh/bs/rr

Forts. von Blatt 807

Matzenauer: Schulentwicklungsprogramm des Stadtschulrates

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) „Es ist erfreulich, daß nun auch der Vizepräsident des Wiener Stadtschulrates, ÖVP-Gemeinderat Dr. Wolfgang PETRIK, zur Kenntnis genommen hat, daß einige Bundesschulgebäude in Wien dringend generalsaniert werden müssen“, erklärte der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“.

Zu der Forderung nach einem „konsensualen Schulentwicklungskonzept“ sei anzumerken, daß es bereits seit Anfang der achtziger Jahre ein Schulentwicklungsprogramm des Stadtschulrates für Wien gibt, dessen Notwendigkeit vom Parlament bereits 1985 und 1987 bestätigt wurde. Auf die unverzügliche Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen wird seitens des Stadtschulrates für Wien genau geachtet werden, um sicherzustellen, daß in naher Zukunft keine Schule wegen Gefährdung der Schüler gesperrt werden muß.

Es sei schmerzhaft, feststellen zu müssen, daß pädagogische Modelle einer gerechten, humanen und demokratischen Schule immer wieder Gegenstand für parteipolitische Querelen sein müssen. Die pädagogische Überlegenheit von Gesamtschule und Ganztagschule gegenüber allen anderen Modellen sei auch von konservativen Pädagogen unbestritten. Im Bereich des Stadtschulrates für Wien sei es gelungen, innovative Akzente und zukunftsweisende Impulse zu setzen, schloß Prof. Matzenauer. (Schluß) wstr/gg

FPÖ kritisiert Zivilschutzmaßnahmen der Stadtverwaltung

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Kritik an den Zivilschutzmaßnahmen der Stadt Wien, zwei Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, übte am Freitag FP-Gemeinderat Hilmar KABAS in einem Pressegespräch. Kabas urgierte einen Schutzraumkataster und die Ausgestaltung geeigneter Baulichkeiten für Zivilschutzzwecke, die Erarbeitung eines Evakuierungsplanes für die Bevölkerung, einen Bevorratungsplan, die Ausweitung der Dekontaminationseinrichtungen und die Abhaltung regelmäßiger Katastrophenübungen. Nach Meinung von Gemeinderat Kabas könnte es in Wien, die Erstellung eines entsprechenden Konzeptes vorausgesetzt, innerhalb eines Zeitraumes von etwa 20 Jahren flächendeckend ausreichend Schutzräume für die Bevölkerung geben. Diese seien angesichts der Nähe Wiens zu ausländischen Kernkraftwerken besonders wichtig. Eine für den 1. Bezirk erstellte Studie hinsichtlich zivilschutztauglicher Räumlichkeiten liege wohl vor, sei aber nicht veröffentlicht worden. Trotz Ankündigungen sei auch noch nichts bekannt, wie weit die Wiener U-Bahn-Röhren für Zivilschutzzwecke nutzbar gemacht werden könnten, während diese Schutzmöglichkeit beispielsweise jetzt in München genützt werde. Alle Maßnahmen der Stadt Wien sollten sich auf einen Zivilschutzmaßnahmenkatalog stützen, der nach seiner Beschlußfassung durch den Gemeinderat schließlich als verbindlicher Leitfaden angewendet werden soll. In diesem Katalog müßten, so Kabas, die Maßnahmen terminisiert und in bezug auf die Kosten quantifiziert werden. (Schluß) and/gg

Wien ist auf dem Gebiet des Zivilschutzes aktiv

Wien, 29.4. (RK-KOMMUNAL) Wien ist auf dem Gebiet des Zivilschutzes aktiv. Das erklärte Stadtrat Dr. Michael HÄUPL am Freitag im Zusammenhang mit einem Pressegespräch der Wiener FPÖ. Häupl stellte fest, daß an den von FPÖ-Gemeinderat Hilmar KABAS urgierten Maßnahmen seit längerem mit Nachdruck gearbeitet werde. Es sei allerdings bedauerlich, daß die Fragen des Zivilschutzes offenbar kein vordringliches Anliegen der Wiener Bevölkerung sind, da die von der Stadt Wien kostenlos angebotenen und vielfach beworbenen Zivilschutzkurse nur von einer verschwindenden Minderheit angenommen werden. Der von Kabas geforderte „Zivilschutzmaßnahmenkatalog“ sei in vielen Bereichen bereits durch die von der Stadt Wien gesetzten Maßnahmen vorhanden und werde ständig erneuert und überarbeitet. Von den Bezirken werden gegenwärtig, so Häupl ergänzend, in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung Katastrophenschutzpläne erstellt. Sie werden auch Übersichten über aktivierbare Kräfte und Ressourcen enthalten.

Im Büro von Vizebürgermeister Ingrid Smejkal wurde zur Feststellung von Hilmar Kabas, in einem Haus der Begegnung seien radioaktiv strahlende Filter gelagert gewesen, erklärt: Diese Filter stammten aus Lüftungsanlagen der Häuser der Begegnung, waren in Kunststoff eingeschlossen und gaben, wie Messungen bewiesen, keine Strahlung nach außen ab. Inzwischen seien die Filter bereits zur Entsorgung nach Seibersdorf gebracht worden. (Schluß) and/gg